

Brüssel, den 3. Februar 2015 (OR. en)

5860/15

POLGEN 9
JAI 60
PESC 120
COSI 13
COPS 26
ENFOPOL 29
COTER 22
SIRIS 11
FRONT 35
COPEN 26
DROIPEN 11
ECOFIN 64

VERMERK

Absender:	Vorsitz
Empfänger:	Ausschuss der Ständigen Vertreter/Rat
Betr.:	Strategische Agenda – Union der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts
	 Bekämpfung des Terrorismus
	= Bilanz der Maßnahmen und weiteres Vorgehen

Die Ereignisse von Paris stellen eine schwierige Herausforderung für die Grundwerte der freien Meinungsäußerung, des Pluralismus, der Demokratie, der Toleranz, der Solidarität und der Menschenwürde dar. Die Solidaritätsbekundungen waren beispiellos und die Mobilisierung der Gesellschaft gegen Diskriminierung, Rassenhass und gesellschaftliche Spaltung war überwältigend.

Unser Entschluss, massiver gegen terroristische Bedrohungen vorzugehen, stand sofort fest. Es wurde bereits eine Reihe von Maßnahmen ergriffen und in zahlreichen Foren sind weitere Arbeiten im Gange. In diesem Vermerk sollen die markantesten bisherigen Maßnahmen sowie die in unmittelbarer Zukunft geplanten Schritte kurz umrissen werden.

Pariser Erklärung (vom 11. Januar 2015)¹

Am 11. Januar fand auf Einladung des französischen Innenministers, Bernard Cazeneuve, ein internationales Ministertreffen in Paris statt. Auf diesem Treffen wurde eine gemeinsame Erklärung verabschiedet, in der Maßnahmen zur Terrorismusbekämpfung aufgeführt sind, wie die Bekämpfung der Radikalisierung, insbesondere im Internet, die Entwicklung einer erneuerten Strategie der inneren Sicherheit der Europäischen Union, die Eindämmung illegaler Lieferungen von Feuerwaffen innerhalb Europas, die Änderung des Schengener Grenzkodex, die Notwendigkeit, Fortschritte bei dem Rechtsrahmen für europäische Fluggastdatensätze zu erzielen, und die Intensivierung der Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten und Kanada. Die Pariser Erklärung wurde von allen Mitgliedstaaten weitgehend unterstützt und diente als Grundlage für die Beratungen auf der informellen Tagung der Minister für Justiz und Inneres am 29./30. Januar 2015 in Riga.

Freie Meinungsäußerung – gemeinsame Erklärung der Minister für Kultur (11. Januar 2015)²

Die Ereignisse hatten Auswirkungen auf die Grundprinzipien der freien Meinungsäußerung. In diesem Zusammenhang haben die Minister für Kultur ihre gemeinsame Erklärung über die freie Meinungsäußerung verabschiedet, in der hervorgehoben wurde, dass die künstlerische Freiheit und die freie Meinungsäußerung als gemeinsame europäische Werte geschützt werden müssen. Dieser Punkt wird auch auf der Konferenz anlässlich des Welttags der Pressefreiheit am 3./4. Mai 2015 in Riga zur Sprache kommen, auf der eines der zentralen Themen die Sicherheit von Journalisten sein wird.

Bekämpfung von Terrorismus – außerordentliche Sitzung des COSI (20. Januar 2015)

Der COSI hielt eine außerordentliche Sitzung zur Vorbereitung der Beratungen auf der informellen Tagung der Minister für Justiz und Inneres am 29./30. Januar 2015 in Riga ab. In dieser Sitzung wurden verschiedene Maßnahmen zur Terrorismusbekämpfung erörtert. Die in der Pariser Erklärung genannten Maßnahmen wurden dabei von allen Mitgliedstaaten weitgehend unterstützt.

5860/15 aih/DB/ik 2
DPG DF.

¹ Dok. 5322/15.

DOK. 3522/13

https://eu2015.lv/news/media-releases/124-media-release/234-eu-ministers-of-culture-issue-joint-statement-on-freedom-of-expression

Die Bekämpfung der Terrorismusfinanzierung – Tagung des Rates (Wirtschaft und Finanzen) am 27. Januar 2015³

Die Finanzminister berieten unter dem Eindruck der jüngsten Ereignisse in Paris während eines Arbeitsfrühstücks des Rates (Wirtschaft und Finanzen) am 27. Januar 2015 über mögliche künftige Maßnahmen zur Bekämpfung der Terrorismusfinanzierung. Zudem verabschiedeten der Rat und die Kommission auf dieser Ratstagung eine gemeinsame Erklärung im Zusammenhang mit der Billigung des Pakets zur Bekämpfung der Geldwäsche. In der Erklärung wird das entschlossene Eintreten für eine größere Wirksamkeit der neuen Vorschriften des Pakets zur Bekämpfung der Geldwäsche hervorgehoben und festgelegt, dass weitere Bemühungen unterstützt werden sollten, insbesondere um

- die Umsetzung der Vorschriften in den Mitgliedstaaten zu beschleunigen,
- die Zusammenarbeit zwischen den zentralen Meldestellen im Bereich der Bekämpfung der Terrorismusfinanzierung auf europäischer Ebene (z.B. durch die Arbeit europäischer Foren wie der FIU-Plattform) weiter zu verstärken,
- den Gefahren der Terrorismusfinanzierung durch die supranationale EU-Risikobewertung, in deren Rahmen insbesondere auch die Risiken von virtuellen Währungen bewertet werden sollten, zu begegnen.

Es ist von größter Wichtigkeit, dass die koordinierten Maßnahmen zur Bekämpfung der Terrorismusfinanzierung, die auf internationaler, europäischer und nationaler Ebene ergriffen werden, höchstmögliche Wirkung zeigen. Der Rat und die Kommission werden in den nächsten Monaten weitere Maßnahmen zur Bekämpfung der Terrorismusfinanzierung prüfen.

Gemeinsame Erklärung von Riga – informelle Tagung der Minister für Justiz und Inneres (29./30. Januar 2015)⁴

Der lettische Vorsitz hat als Reaktion auf die terroristischen Anschläge in Paris die Tagesordnung für die informelle Tagung der Minister für Justiz und Inneres in Riga angepasst; dabei hat er die gesamte Tagung den Beratungen der Minister über Fragen der Terrorismusbekämpfung vorbehalten und einen Informationspunkt für die Justizminister über die juristischen Aspekte der Terrorismusfinanzierung hinzugefügt.

³ Dok. 5116/15 ADD 3 REV 4.

⁴ Dok. 5855/15.

und beschlossen, die Anwendung der vorhandenen Instrumente zu beschleunigen und zu verstärken, und gleichzeitig neue Initiativen festgehalten, die angenommen werden könnten, um entweder die Wirksamkeit der bereits getroffenen Maßnahmen zu verbessern oder die vorhandenen Instrumente anzupassen, so dass eine angemessene Reaktion auf die aktuelle Bedrohung gewährleistet ist. Zudem wurden unter anderem folgende besondere Maßnahmen ergriffen: Aufforderung an die Europäische Kommission, ihre Mitteilung bis Mitte April 2015 vorzulegen, so dass eine rechtzeitige Überprüfung und Aktualisierung der EU-Strategie der inneren Sicherheit (Mitte 2015) sichergestellt ist; Aufforderung an das Europäische Parlament, den Dialog über die Richtlinie zu den EU-Fluggastdatensätzen schnellstmöglich wieder aufzunehmen; weitere Vertiefung der Zusammenarbeit mit der Internet-Branche, damit Informationen über Terrorismus und Extremismus ausfindig gemacht und entfernt werden können; Nutzung von Europol und Eurojust für den Informationsaustausch; Ausarbeitung eines gezielten Vorschlags zur Änderung des Schengener Grenzkodex, um die Außengrenzen besser zu schützen; Ausweitung der Zusammenarbeit zwischen den zuständigen Behörden zur Unterbindung des illegalen Handels mit Feuerwaffen; Bekämpfung der Terrorismusfinanzierung mit dem vorhandenen Instrumentarium bei gleichzeitiger Entwicklung neuer spezifischer Instrumente; Verbesserung des Austauschs von Informationen und bewährten Verfahren sowie der Zusammenarbeit zwischen den Justizbehörden; Unterbindung und Bekämpfung von Propaganda und Radikalisierung in Gefängnissen; Sondierung weiterer legislativer Entwicklungen zur Bekämpfung krimineller Handlungen mit terroristischem Hintergrund.

Die Minister haben in Riga eine gemeinsame Erklärung zur Terrorismusbekämpfung verabschiedet

Die außenpolitischen Aspekte des Terrorismus – Tagungen des Rates (Auswärtige Angelegenheiten) vom 19. Januar und 9. Februar 2015

Die Außenminister berieten auf der Tagung des Rates (Auswärtige Angelegenheiten) vom 19. Januar 2015 über die Terrorismusbekämpfung und verständigten sich auf folgende vorrangige Maßnahmen: 1. Verstärkung der Zusammenarbeit mit Drittländern im Bereich Sicherheit und Terrorismusbekämpfung, insbesondere mit den arabischen Ländern und den Ländern des Mittelmeerraums; 2. zügige Umsetzung der Strategie zur Terrorismusbekämpfung/Strategie für ausländische terroristische Kämpfer⁵; 3. strategische Kommunikation und Unterbindung der Radikalisierung; 4. Bewältigung ungelöster Krisen und Konflikte, die dem Terrorismus zuträglich sind. Die Minister berieten ferner darüber, ob Sicherheitsattachés für die EU-Delegationen in den einschlägigen Ländern erforderlich sind und ob dem Team um die Hohe Vertreterin möglicherweise ein arabischsprachiger Sprecher angehören sollte.

5860/15 aih/DB/ik 4

⁵ Grundzüge der Terrorismusbekämpfungsstrategie für Syrien und Irak, mit besonderer Schwerpunktsetzung auf ausländische Kämpfer (Dok. 5369/15).

Die Außenminister werden ihre Beratungen über die gesamte Bandbreite der außenpolitischen Aspekte der Terrorismusbekämpfung am 9. Februar 2015 fortsetzen. Grundlage der Beratungen bilden Initiativen unter anderem zur Verstärkung der Zusammenarbeit der EU mit den Zielländern, die zügige praktische Umsetzung der Strategie zur Terrorismusbekämpfung/Strategie für ausländische terroristische Kämpfer sowie Stärkung der Kapazitäten an Beratern für Sicherheit und Terrorismusbekämpfung der EU-Delegationen in verschiedenen Drittländern als einer der praktischen Beiträge dieses Rates. Die Minister werden ferner die gemeinsame Mitteilung zur Strategie für Syrien/Irak/ISIL zur Kenntnis nehmen und im März Schlussfolgerungen zu dieser Strategie annehmen.

Erklärung der Mitglieder des Europäischen Rates (12. Februar 2015)

Der Präsident des Europäischen Rates hat den Mitgliedern des Europäischen Rates einen Vorschlag für eine Erklärung vorgelegt, in der die zentralen Aspekte zur Verstärkung der EU-Maßnahmen gegen terroristische Bedrohungen dargelegt und Leitlinien für die Beratungen in den nächsten Monaten vorgegeben werden. Es wurden drei Handlungsbereiche genannt, in deren Mittelpunkt die Sicherheit der Bürger, die Verhinderung der Radikalisierung und der Schutz der Werte sowie die Zusammenarbeit mit unseren internationalen Partnern stehen.

5860/15 aih/DB/ik 5
DPG **DE**